



An den Bürgermeister
Herr Peter Hinze
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister

Eing.: 11. Sep. 2019

Bgm.: ☒
Dez.: ☐
FB: ☒
Anl.: ☐ PWZ: ☐ €

Sprecher

Christoph A. Kukulies

Mobil +49(0) 177/ 9580811

E-Mail kukulies@afd-emmerich.de

Internet www.afd-emmerich.de

9. September 2019

Eingabe nach § 24 GO NRW an den Stadtrat Emmerich am Rhein

Der Rat möge beschließen, die Sprecher des NABU Kreisverbands Kleve e.V. zu einer der nächsten Ratssitzungen einzuladen.

Begründung:

Der NABU Kreisverband Kleve e.V. hat kürzlich einen Forderungskatalog zu den Kommunalwahlen 2020 veröffentlicht. In der Ratssitzung soll dem NABU die Möglichkeit gegeben werden seine Forderungen persönlich vorzustellen und zu präzisieren.

Christoph Kukulies

Der Kreis Kleve: heute so – morgen so?



Global denken – lokal handeln

Umweltpolitische Forderungen
zur Kommunalwahl 2020 im Kreis Kleve

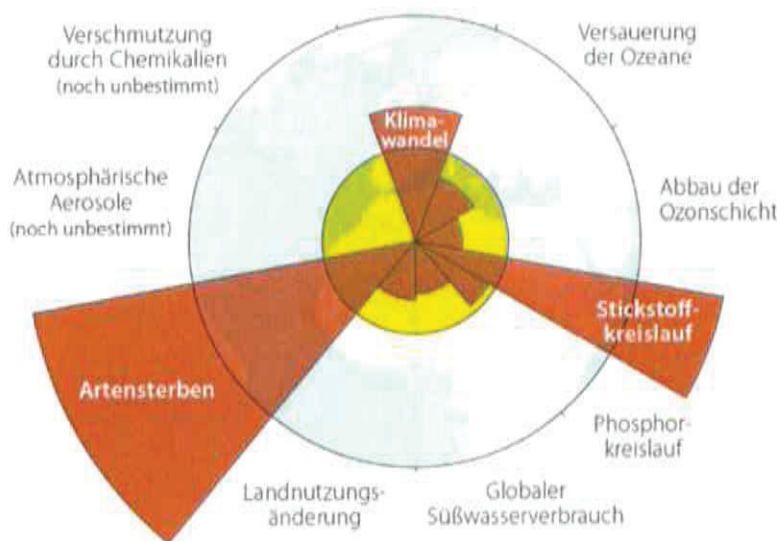
Den Wandel gestalten: eine Schlüsselrolle für die Politik

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind in Gefahr! Die Klima-Krise, das Artensterben und die Verschmutzung der Umweltmedien wie Wasser, Boden und Luft schreiten voran. Das gilt global – aber auch lokal bei uns im Kreis Kleve. Die globalen Umweltprobleme müssen auch vor Ort angegangen werden.

Der schwedische Umweltforscher Prof. Rockström, der 2017 den Deutschen Umweltpreis erhielt, hat durch seine Forschungen einen Überblick geschaffen, welche Umweltprobleme sich heute in welchem Umfang schon außerhalb des sicheren Bereiches befinden. Artensterben, Stickstoffüberschüsse und der Klimawandel sind demnach die drängendsten – aber nicht die einzigen Probleme.

Überschrittene Grenzen der Belastbarkeit

Der grüne Kreis markiert den sicheren Betriebsbereich. Die roten Balken zeigen, ob sich die Menschheit noch innerhalb oder schon jenseits der planetarischen Grenzen bewegt.



Quelle: Zukunft der Landwirtschaft 2013, nach Rockström et al. Stockholm Resilience Centre
© Gregor Lousöder Umweltstiftung 2014, www.umweltstiftung.com

Immer mehr Menschen, vor allem jüngere, erkennen dies und suchen nach Wegen, ihr Leben nachhaltiger zu gestalten und fordern dies auch von der gesamten Gesellschaft ein. Viele Einrichtungen und Vereine möchten ihrer Verantwortung nachkommen und suchen Beratung, wie sie dieser gerecht werden können. Firmen drängen zunehmend den Staat, verbindliche und strengere Regeln zu erlassen.

Die Zeit ist reif für einen grundlegenden Wandel im Umgang mit unserer Natur, und die Gesellschaft ist ebenfalls bereit dazu. Der Politik kommt dabei die Schlüsselrolle zu, diesen Wandel zu gestalten, auf allen Ebenen – gerade auch auf der kommunalen.

Lokale Maßnahmen müssen sich in die globale Problemlösung sinnvoll einfügen. Deshalb formulieren der Kreisverband Kleve des Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) und die NABU-Naturschutzstation Niederrheine e.V. anlässlich der im Jahr 2020 anstehenden Kommunalwahl nachfolgend natur- und umweltpolitische Forderungen an die Politik im Kreis Kleve.

Schutz der Biodiversität und Artenvielfalt



Artenreiches Grünland



Glyphosateinsatz im Naturschutzgebiet



Artenarmes Intensiv-Grünland

Die Artenvielfalt im Kreis Kleve geht weiter stark zurück. Die Jahresberichte der Biologischen Stationen, die die Naturschutzgebiete betreuen, dokumentieren seit Jahren einen deutlichen Rückgang von Tier- und Pflanzenarten. Das betrifft insbesondere Arten der Agrarlandschaft und der Feuchtgebiete: Kiebitz, Rebhuhn, Feldlerche und Uferschnepfe stehen kurz vor dem Aussterben und Insekten haben auch bei uns stark abgenommen.

Der Kreis Kleve ist als **Untere Naturschutzbehörde** für den Erhalt und den Zustand der Schutzgebiete verantwortlich und ist dringend aufgefordert, mehr zu tun.

Konkret fordern wir:

- Verbot von Pestizideinsatz und Grünlandumbruch in Naturschutzgebieten und auf allen Flächen im Eigentum des Kreises Kleve sowie eine standortangepasste Düngung
- Umsetzung aller Maßnahmenkonzepte für Natura2000-Gebiete bis 2025 (<https://natura2000-massnahmen.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-massnahmen/de/start>)
- Vollständige und verbesserte Betreuung **aller** Schutzgebiete
- Verbesserung und Präzisierung der bestehenden Schutzgebietsverordnungen und Monitoring der über Ausgleichsgelder finanzierten Maßnahmen im Hinblick auf die Förderung der Biodiversität
- Durchsetzung geltenden Rechts: Verstärkte Verfolgung von Verstößen gegen Natur- und Umweltrecht

Aber auch außerhalb der bestehenden Schutzgebiete gibt es Handlungsbedarf.

- Erstellung der fehlenden Landschaftspläne zur Entwicklung eines Biotopverbundes (<https://www.lanuv.nrw.de/natur/landschaftsplanung/>)

- Naturschutzgerechte Pflege/Unterhaltung von Böschungen, Straßen- und Grabenrändern (u.a. Verbot des Einsatzes von Schlegelmähern, späterer Mahdzeitpunkt (Selbstverpflichtung des Kreises, der Städte und Gemeinden sowie der Wasser- und Bodenverbände); Aufbau eines kommunalen Maschinenrings zur naturschutzgerechten Pflege dieser Lebensräume
- Sicherung der Ränder von Wirtschaftswegen und Schutz vor unerlaubter Fremdnutzung
- Sicherung öffentlicher Gebäude gegen Vogelschlag

Reduzierung der Stickstoffüberschüsse



Die ursprüngliche Weidehaltung ist fast vollständig verschwunden.



Intensiv-Tierhaltung, Maisanbau und Biogasanlagen zerstören die artenreiche niederrheinische Landschaft.



Algenvermehrung in Gewässern aufgrund der Überdüngung ist eine Folge.

Stickstoff-Einträge in die Umwelt gefährden das ökologische Gleichgewicht und die Luft- und Wasserqualität grundlegend. Zu rund 80 Prozent ist dies in unserem ländlichen, durch Viehhaltung geprägten Kreis durch die Intensiv-Landwirtschaft verursacht. Im Wesentlichen ist dies bedingt durch Futtermittelimporte, die sich letztlich in einem Übermaß an Gülle niederschlagen. Im Kreis Kleve wurde in den letzten Jahrzehnten – zum Teil gesetzeswidrig – die Intensiv-Tierhaltung ausgebaut. Großflächiger Maisanbau, massive Gülle-Aufbringung und die Zerstörung der tradierten bäuerlichen Landwirtschaft prägen die Situation. Der Kreis Kleve ist als **Untere Immissionsschutzbehörde** in der Verantwortung und kann dem entgegensteuern.

Konkret fordern wir:

- Erarbeitung und Umsetzung eines Stickstoffreduktionsprogramms durch die **Untere Immissionsschutzbehörde** des Kreises Kleve
- 10 Meter breite Uferstrandstreifen entlang aller Fließ- und stehender Gewässer. Uferstrandstreifen sind nutzungsbeschränkte bzw. nutzungsfreie gewässerbegleitende Flächen unterschiedlicher Breite, die wichtige Funktionen im Rahmen des Gewässerschutzes erfüllen. Zum einen dienen sie als Pufferzone der Verminderung von Stoffeinträge ins Gewässer, zum anderen bieten sie Raum für die eigendynamische Gewässerentwicklung und stellen wichtige Lebensräume für viele Tier- und Pflanzenarten dar.
- Initiierung und Förderung von (LEADER- und INTERREG-)Projekten zum Umbau der Landwirtschaft mit dem Ziel, die „Flächenbindung der Tierhaltung“, die „regionale Vermarktung“ und den „ökologischen Landbau“ zu stärken.
- Angebot von regional und ökologisch produzierten Produkte in den Kantinen des Kreises

Anpassung an den Klimawandel



Altrheinarme, Teiche und Kleingewässer sind wertvolle Lebensräume.



Durch längere Trockenperiode gibt es zunehmend extremes Niedrigwasser.



Feuchtlebensräume trocknen aus.

Die Klimakrise macht auch vor dem Kreis Kleve nicht halt: Eine steigende Jahresdurchschnittstemperatur, geringere und anders verteilte Niederschläge sind schon jetzt deutlich spürbar und statistisch nachgewiesen.

Fließgewässer wie zum Beispiel der Rhein führen häufiger extremes Niedrigwasser, zahlreiche Gewässer wie Altrheinarme und Teiche trocknen aus. Dadurch werden die darin vorkommenden Tier- und Pflanzenarten getötet.

Konkret fordern wir:

- Erarbeitung eines kreisweiten Klimaschutzplans
- Revision aller wasserrechtlichen Genehmigungen für Maßnahmen der Entwässerungen wie z. B. Pump- und Schöpfwerke oder Entnahme von Wasser zur Beregnung von **Kulturen** aus Gräben und Bächen mit dem Ziel die Entwässerungspraxis an das geänderte Klima anzupassen und mehr Wasser in der Landschaft zu halten
- Den Erhalt und Bau von **natürlichen** Regenrückhalteräumen und Dachbegrünungen vorantreiben
- Schutz des knapper werdenden Grundwassers durch Ausweitung und Verschärfung der Trinkwasserschutzzonen (z. B. strikte Reduzierung der Einträge von Nitrat und anderer Schadstoffe)
- Verbot von Kohleheizungen zum Beheizen von Gewächshäusern bis 2030
- Entwicklung und Förderung einer natur- und klimaverträglichen Landwirtschaft (Begrenzung der Treibhaus-Kulturen, Grünlandschutz und Wiederherstellung der Grünlandlandschaften, Fruchtfolge)

Klimaneutraler Kreis Kleve und naturverträglicher Ausbau Erneuerbarer Energien



Der Ausbau der Windenergienutzung muss mit dem Natur- und Artenschutz abgestimmt werden.



In den Siedlungsbereichen besteht für den Ausbau der Solarnutzung noch sehr viel Potenzial.



Biogasanlagen sind nur dann umweltfreundlich, wenn sie mit Bio-Abfällen betrieben werden und auch die Abwärme genutzt wird.

Der Kreis Kleve ist wichtiger Standort für die Produktion erneuerbarer Energien. Dies gilt für Wind- und Solarenergie sowie Biogas. Regelmäßig kommt es allerdings zu Konflikten mit Aspekten des Natur- und Landschaftsschutzes, wenn Investoren unter Missachtung dieser Schutzgüter Anlagen beantragen.

Bei der energetischen Modernisierung der lokalen Energieversorgungsstruktur, des Gebäudebestandes und des ÖPNV ist in der Vergangenheit nur wenig geschehen. Trotzdem ist ein klimaneutraler Kreis Kleve machbar!

Konkret fordern wir:

- Genehmigung von Biogasanlagen oder deren Erweiterung nur dann, wenn sie mit biologischen Abfällen (z. B. Gülle) betrieben werden; eine weitere „Vermaisung“ der Landschaft muss verhindert werden.
- Konsequente Anwendung des sogenannten Helgoländer Papiers „Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen (WEA) zu bedeutenden Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten“ bei der Genehmigung von WEA ([https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/vogelschutz/150526-lag-vsw - abstandsempfehlungen.pdf](https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/vogelschutz/150526-lag-vsw_-_abstandsempfehlungen.pdf))
- Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und vermehrter Einsatz regenerativer Energien für Beheizung und Stromversorgung
- Gründung eines Energie-Kompetenzzentrums, das die Umsetzung der Energiewende auf Kreisebene durch Beratung und Erstellung der Fachkonzepte begleitet

Reduzierung der Rohstoffgewinnung und des Flächenverbrauches



Von Abgrabung bedroht: Reeser Welle



Laufende Kiesabgrabung



Gewerbegebiete statt Wohnbebauung

Im Kreis Kleve werden seit Jahrzehnten großflächig Sande und Kiese abgebaut, wodurch Natur, Landschaft und Grundwasservorkommen stark beeinträchtigt wurden. Besonders entlang der Rheinschiene sind die Zerstörungen besonders groß, wobei der gewonnene Kies bereits seit Jahren zu über 80 Prozent exportiert wird und nicht zur Deckung des lokalen und regionalen Bedarfs dient.

Flächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen in Natur- und Landschaft sind für die Öffentlichkeit nicht transparent.

Konkret fordern wir:

- Keine weiteren Abgrabungen in Schutzgebieten (Natura2000-Gebiete, Naturschutzgebiete)
- Zukünftige Abgrabungen nur zur Deckung des regionalen Bedarfs (Region = Rheinland)
- Fortschreibung und Aktualisierung des Abgrabungskonzeptes für den Kreis Kleve
- Naturschutzfachlich akzeptable Rekultivierung bestehender Abgrabungen
- Reaktivierung alter Industriebrachen für Gewerbeansiedlungen statt neuer Gewerbegebiete in der Landschaft
- Förderung des möglichen Einsatzes von regionalem Holz gegenüber üblichen Baumaterialien mit Kieszusatz
- Eine offene Handhabung und mehr Transparenz von Politik und Verwaltung beim Umgang mit Ausgleichsflächen: Das gesetzlich geforderte Kataster sollte – wie zum Beispiel im Kreis Steinfurt – öffentlich einsehbar sein.

Umweltverträgliche Verkehrspolitik



Unsinnige Verkehrsprojekte wie die B9n haben bisher die Diskussion dominiert.



Schlechte Fahrplanverbindungen der Buslinien machen ÖPNV unattraktiv



Ein attraktives Angebot im ÖPNV ist Voraussetzung für die Erreichung der Klimaziele.

Jahrzehntelang wurde im Kreis Kleve der öffentliche Verkehr aus Bussen und Bahnen einschließlich der Vernetzung mit den Nachbarregionen vernachlässigt und einseitig auf den Ausbau des Straßennetzes gesetzt. Dadurch wurde Natur und Landschaft über Gebühr zerstört und klimabelastende Verkehrsformen gefördert. Außerdem wurde die Mobilität weiterer Bevölkerungskreise systematisch mit einer einseitigen PKW-Orientierung eingeschränkt. Deshalb müssen jetzt Beiträge zur Reduzierung des PKW- und LKW-Verkehrs geleistet werden. Beim so genannten Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad, Fußverkehr) besteht im Kreis Kleve noch ein großes Ausbaupotential, das mehr Menschen mehr Mobilität ermöglicht.

Konkret fordern wir, dass sich der Kreis Kleve einsetzt für ...

- bessere Anbindung des Schienen- und Wasserweges an das Straßennetz (z. B. direkte Erreichbarkeit des Emmericher Hafens für komplette Güterzüge)
- Fokussierung der Entwicklung von Siedlung und Gewerbe an den Hauptachsen des öffentlichen Verkehrs
- Aufbau eines von Straßen unabhängigen Radwegenetzes mit Winterdienst und Reinigung unter möglichst geringer Schädigung der Natur
- Schaffung eines attraktiven Netzes für den ÖPNV mit guten Anbindungen an den Fernverkehr einschließlich Fahrradtransport (z. B. Schnellbuslinien von Kleve nach Nijmegen, Xanten und Emmerich bzw. Bocholt und von Geldern nach Wesel; zweispuriger Ausbau und durchgängige Elektrifizierung der Bahnstrecke Krefeld – Nijmegen; Schienenverkehr in unterschiedlichen Geschwindigkeiten)

- Förderung der Entwicklung eines einfachen „Hop on, Hop off“-Systems durch Taktung und intelligente Vernetzung aller Verkehrsmittel und -systeme im Verkehrsverbund und weiterer Initiativen wie Car-Sharing durch kombinierbare, verbilligte Abo-Tarife, auch grenzüberschreitend
- Umweltverträglicher Ausbau der „Betuwe-Linie“ (ohne B8 neu im Hang des Eltenberges, ohne unnötige Immissionsbelastung für Anwohner und Zerstörung innerörtlicher Infrastrukturen sowie Einschränkungen für Bahnhof und Hafen in Emmerich)

Unterstützung der Akteure im Natur- und Umweltschutz



Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich für naturkundliche Öffentlichkeitsarbeit als Niederrhein-Guides.



Die Biologischen Stationen führen große Naturschutzprojekte durch – hier Anlage einer Nebenrinne am Rhein.

Mehrere Naturschutzeinrichtungen betreuen Schutzgebiete im Kreis Kleve – aber nicht bei allen trägt der Kreis Kleve den vorgesehenen Eigenanteil.

Die Untere Naturschutzbehörde ist im Vergleich zu benachbarten Landkreisen personell extrem schlecht ausgestattet, so dass sie ihre gesetzlichen Aufgaben nur unzureichend wahrnehmen kann.

Konkret fordern wir:

- Angemessene Personalausstattung der Unteren Naturschutzbehörde (zusätzlich mindestens zehn Vollzeitstellen in den nächsten fünf Jahren) vergleichbar dem Standard der Nachbarkreise
- Absicherung aller Biologischen Stationen durch Rahmenvereinbarung und Finanzierung des 20-prozentigen Eigenanteils
- Finanzierung der Eigenanteile für alle Maßnahmen der Maßnahmenkonzepte (MAKOs) in Natura2000-Gebieten
- Förderung der Teilnahme an Umweltbildungsangeboten für Schüler*innen im Kreis Kleve (so wie im Nachbarkreis Wesel) mit fünf Euro pro Jahr und Kind
- Beratungsangebot für Kommunen zur Artenvielfalt auf den kommunalen Flächen (Vorbildfunktion für Bürger und Unternehmen, z. B. durch Ansaaten mit Regio-Saatgut, Flächenpflege)

Wir fordern in allen Bereichen eine Politik für Mensch und Natur!

Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sind fachlich notwendig und umsetzbar. Sie zeigen den Wähler*innen, dass ihre Ängste und Sorgen für eine lebenswerte Zukunft ernst genommen werden und in Realpolitik übersetzt werden. Diese Maßnahmen kommen zumeist mehreren Umweltbelangen zugleich zugute und darüber hinaus auf verschiedene Weise der Lebensqualität aller Bürger*innen.

Kontakt

NABU-Kreisverband Kleve e. V.
Monika Hertel
Kapellener Markt 2
47608 Geldern
Tel.: 02838-96544
Mail: vorstand@nabu-kleve.de

NABU-Naturschutzstation Niederrhein e. V.
Dr. Volkhard Wille
Im Hammereisen 27 E
47559 Kranenburg
Tel.: 02826-91876-00
volkhard.wille@nabu-naturschutzstation.de

Dieses Forderungspapier zur Kommunalwahl 2020 dient als Gesprächsgrundlage mit den Parteien im Kreis Kleve und deren Fraktionen im Kreistag sowie mit den Landrats-Kandidaten. Wir behalten uns vor, das Papier laufend zu aktualisieren und zu ergänzen.

Stand: 28. August 2019

Bildhinweise: S. 2: © Gregor Louisoder Umweltstiftung 2014, umweltstiftung.com, S. 8, Mitte: Helge May, S. 10, rechts: Dietrich Cerff, alle anderen Fotos: Dr. Volkhard Wille